

Die Landesdelegiertenkonferenz beschließt:

GRÜN verbindet

Menschen brauchen Verbindung. Nicht erst im Zeitalter der Kommunikation ist das die Grundlage menschlichen Zusammenlebens. Zueinander reisen, miteinander sprechen, auch streiten, sich auf Grundlagen des Zusammenlebens einigen, miteinander an einem Ziel oder an einem Projekt arbeiten, das sind Grundbedürfnisse, die schon sehr lange existiert haben, bevor weltweite Netze uns zu globaler Kommunikation befähigten. Und auch jetzt, wo wir nahezu problemlos mit Menschen in aller Welt kommunizieren können, brauchen wir die unmittelbare, physische Verbindung und Kommunikation mindestens ebenso notwendig wie die mediale.

GRÜN verbindet: BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN stehen dafür, Verbindung zu schaffen - zwischen Menschen in den Kommunen und ihren Verwaltungen und gewählten Vertretungen, zwischen Erzeuger_innen von Lebensmitteln und Verbraucher_innen, zwischen Menschen in den Regionen, zwischen dem Energiebedarf von Haushalten und Unternehmen und der Notwendigkeit, den bereits unvermeidbaren Klimawandel zu begrenzen, zwischen Einheimischen und Zuwanderer_innen. Alle diese Verbindungen sind nicht frei von Widersprüchen und Konflikten. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN stehen dafür, mit Ernst und Transparenz und nicht zuletzt einem Schuss Leidenschaft für Demokratie und Teilhabe, für Menschlichkeit und Zukunftsfähigkeit in den Kommunen zu streiten.

GRÜN verbindet - Menschen in den Kommunen

Die Kommunen sind Orte, wo Menschen unmittelbar zusammenkommen, sich für die Gemeinschaft einsetzen, durch Nachbarschaftshilfe, in Vereinen und Initiativen, indem sie sich, meist ehrenamtlich, für Ämter und Mandate zur Verfügung stellen. Ohne die Bereitschaft, sich vor Ort zu engagieren, wäre ein menschenwürdiges Zusammenleben unmöglich.

Das Zusammenleben bringt es mit sich, dass nicht immer alle Menschen einer Meinung sind und die gleichen Ziele anstreben. Deshalb ist es besonders wichtig, dass Demokratie und Teilhabe bestimmende Elemente der Kommunikation in den Kommunen sind. Gerade hier heißt Demokratie viel mehr als wählen dürfen. Wir setzen uns für eine Kultur des Zuhörens und Mitmachens in den Kommunen ein. Das schließt den verantwortlichen Umgang mit Kritik ein. Es ist gut und wichtig, dass es Menschen gibt, die die Arbeit der Vertretungen und Verwaltungen kritisch begleiten und sich nötigenfalls zu Initiativen zusammenschließen. Proteste und Bürgerinitiativen sind Ausdruck des Verantwortungsbewusstseins mündiger Bürger_innen. Teilhabe bedeutet, Menschen mit diesem Verantwortungsbewusstsein ernst zu nehmen und in Entscheidungen frühzeitig einzubeziehen, auch und gerade dann, wenn sie eine kritische Haltung einnehmen. Wir wollen lebendige Kommunen, in denen Bürger_innen in Einwohnerversammlungen, Bürgerentscheiden und neuen Formen der Beteiligung z.B. für Kinder und Jugendliche mitreden können. Dabei soll die Bildung von Jugendparlamenten gefördert werden. Da die entscheidenden Politiker_innen sich die Bedürfnisse der Jugendlichen oftmals nicht vergegenwärtigen, können die Jugendparlamente dem politischen und gesellschaftlichen

Willen der jungen Menschen in den Kommunen Ausdruck verleihen. Sie sollen insbesondere beteiligt werden, wenn Themen verhandelt werden, die Jugendliche direkt betreffen oder in ihren Interessenkreis fallen. So wird die demokratische Struktur gestärkt und junge Menschen werden für die Partizipation begeistert.

Entscheidungen der kommunalen Vertretungen erhalten ihre Legitimität nicht nur aus Wahlen, sondern auch aus der Bereitschaft, alle Entscheidungsgründe transparent zu machen und sich mit kritischen Positionen ernsthaft und wahrhaftig auseinanderzusetzen. Dafür werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf allen kommunalen Ebenen eintreten.

GRÜN verbindet - Menschen und Regionen

Mecklenburg-Vorpommern ist verkehrstechnisch ein besonderes Land. Mit seiner dünnen Besiedlung vor allem im Süden des Landes, mit Landkreisen, deren räumliche Ausdehnung Bundesländern und deren Bevölkerung bestenfalls mittleren Großstädten entspricht, stellt es besondere Anforderungen an eine verantwortliche Mobilitätspolitik. Mehr als anderswo sind Menschen hier auf Mobilität angewiesen. Fast alle Wege, ob zur Schule, zum Arbeitsplatz, zu Ämtern und Gerichten, zu Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen, sind hier weiter als woanders und selten zu Fuß zu bewältigen.

Öffentliche Verkehrsangebote sind dabei unverzichtbar. Für junge Menschen, für alte Menschen, für Menschen mit körperlichen Nachteilen und nicht zuletzt im Interesse des Klimas und der Umwelt. Weil öffentlicher Verkehr in einem dünnbesiedelten Land vor allem in der Fläche nicht rentabel sein kann, ist es wichtig, die öffentlichen Mittel dafür so einzusetzen, dass sie Mobilität für jeden bezahlbar, sicher und zukunftsfähig ermöglichen. Das erfordert integrierte Verkehrspläne auf kommunaler und Landesebene, in denen auf Standards der Versorgung und optimale Verbindung der Verkehrsträger hoher Wert gelegt wird.

Wir Grüne sind überzeugt, dass die Schiene für überörtliche Verbindungen dabei das Rückgrat eines integrierten Verkehrskonzepts bilden muss. Die Herausnahme von Teilstrecken - wie bei der Südbahn geplant - beschädigt das bestehende, schon auf ein Minimum reduzierte Netz und vermindert die Überlebenschancen der gesamten Strecke. Nicht ohne Grund war die Abbestellung der gesamten Strecke bereits im Gespräch, ebenso die Streichung der Strecke Parchim - Rehna. Die Kreistage Ludwigslust-Parchim und Mecklenburgische Seenplatte haben sich zu recht einstimmig gegen diese Sparmaßnahme ausgesprochen. Eine wirkliche Überlebenschance hat die Schiene im Süden des Landes jedoch nur, wenn Bus und Schiene nicht um Fahrgäste konkurrieren, sondern mit dem Ziel besserer Versorgung und höherer Attraktivität des Öffentlichen Personenverkehrs zusammenarbeiten. Hier müssen die Landkreise als Eigentümer der Busunternehmen ihre Verkehrskonzepte überdenken. Das unkoordinierte Nebeneinander von Bus und Schiene gefährdet auf Dauer beide Verkehrsträger.

Selbst ein optimiertes Bahn-Bus-Netz kann nicht jeden Ort im Land erreichen. Wir werden uns deshalb in den Kommunen für kreative Lösungen zur Versorgung in Randzeiten und von bisher unversorgten Orten, wie Ruftaxen, kommunales Car-Sharing, Unterstützung von Fahrgemeinschaften einsetzen.

In den Städten wollen wir vor allem den Umweltverbund stärken, also Bus, Straßenbahn, Fahrrad und Fußverkehr. Sichere Fußwege und Radwege, bessere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder vor allem an Haltepunkten von Bus- und Straßenbahn, fußgänger- und fahrradfreundliche Ampelphasen, bessere Abstimmung von Stadt- und Umlandverkehr, Bereitstellung von öffentlichen Ladestellen für eBikes müssen die sichere Erreichbarkeit aller Ziele im Umweltverbund ermöglichen. In allen Kreisen und Kreisfreien Städten sollte ein besonderes Augenmerk auf eine streckenunabhängige Schüler_innenbeförderung gelegt werden, die einkommensunabhängig genutzt werden kann. Dabei soll nicht nur der Weg zur Schule gewährleistet werden - eine kostenlose Schüler_innenbeförderung ist notwendig damit Kinder und Jugendliche auch in ländlichen Bereichen Eigenständigkeit entwickeln und erhalten können, indem ihre außerschulischen Aktivitäten nicht vom Zeitplan der Eltern abhängen. Wir fordern daher die Einführung von kostenlosen Schüler_innenmonatstickets.

GRÜN verbindet – Erzeuger_innen und Verbraucher_innen

Verbraucher_innen ist laut Umfragen die Regionalität von Lebensmitteln sehr wichtig (z.B. DLG-Studie „Regionalität aus Verbrauchersicht“, 2013). Sie verbinden damit die Vorstellung von Qualität und Transparenz und drücken damit die Verbundenheit zu ihrer Heimatregion aus. Bündnisgrüne Politik unterstützt die Verbindung von Verbraucher_innen und regionaler Erzeugung und Verarbeitung, insbesondere in Land- und Ernährungswirtschaft. Wir wollen, dass Erzeuger_innen und Verbraucher_innen, wie auch Kommunen und das Land gleichermaßen zu stolzen Botschaftern für regionale Qualitätsprodukte werden. Dafür brauchen wir eine nachhaltigere, ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft mit artgerechter und bodengebundener Tierhaltung, die hochwertige, unbelastete Lebensmittel erzeugt und die Umwelt schützt. Wir brauchen eine multifunktionale Landwirtschaft, die nicht nur Lebensmittel produziert, sondern auch unsere Kulturlandschaft pflegt, als touristische Dienstleisterin fungiert und die sich mit örtlichem Handwerk und Handel, landestypischer Gastronomie, regionalen Kulturangeboten und dem Naturschutz vernetzt. Diese Qualitätserzeugung mit einer Verarbeitung, Veredelung und Vermarktung vor Ort sichert eine dauerhafte Wertschöpfung für die Region. Sie schafft Arbeitsplätze, Lebensqualität für Einwohner_innen und Tourist_innen und lebendige ländliche Räume.

Die Landwirt_innen benötigen entsprechende politische Unterstützung und eine bessere, gezieltere Förderung und Beratung, die ihnen den Einstieg in eine dauerhafte ökologische Qualitätsproduktion ermöglicht. Die Qualitätsproduktion setzt auf transparente Produktionsverfahren, orientiert sich am Bedürfnis der Menschen nach mehr Produktwahrheit und schafft so die Voraussetzung dafür, dass Verbraucher_innen die Arbeit der Produzent_innen wieder mehr wertschätzen.

Die Kommunen und Landkreise haben viele Möglichkeiten, im Rahmen einer nach ökologisch-sozialen Kriterien ausgerichteten Beschaffung auf ökologisch und fair produzierte und im besten Fall aus der Region stammende Qualitätsprodukte zu setzen. Darüber hinaus können sie Bildungsarbeit fördern, Netzwerke und Erzeugungsgemeinschaften unterstützen, über die ökologische Bewirtschaftung in Trinkwasserschutzgebieten die Qualität des Trinkwassers sicher stellen, die Art und Weise der Bewirtschaftung gemeindeeigener Pachtflächen durch entsprechende Vorgaben bestimmen, Zielvereinbarungen zur Verpflegung in kommunalen Einrichtungen treffen oder sich den Netzwerken von Bio- und Fair-Trade-oder gentechnikfreien Kommunen anschließen.

Sorgen wir gemeinsam für eine nachhaltige, regionale Erzeugung, welche den Landwirt_innen Perspektiven jenseits von ständigem Wachstum und Massenproduktion eröffnet, und die Monokulturen, sinkender Artenvielfalt, erodierenden Böden, Pestiziden in Lebensmitteln, Nitrat im Trinkwasser und multiresistente Keimen aus der industriellen Tierhaltung ein Ende setzt.

GRÜN verbindet - Energie und Klimaschutz

Der Umstieg von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energiequellen ist einer der entscheidenden Bausteine für den Klimaschutz. Auch wir in Mecklenburg-Vorpommern haben in den letzten Jahren Klimaextreme erlebt. Die Städte, Gemeinden und Kreise in Mecklenburg-Vorpommern haben die Herausforderungen erkannt. Wir BÜNDNISGRÜNE engagieren uns seit langem für die Erstellung und Umsetzung von Klimaschutzkonzepten in allen Kreisen, Städten und Gemeinden.

Verwaltungen und öffentliche Einrichtungen haben Vorbildcharakter. GRÜNE setzen sich dafür ein, dass zukünftig kommunale Gebäude mit Ökostrom versorgt werden und dass die Senkung des Energieverbrauches und die Steigerung der Energieeffizienz eine wichtige Rolle auch auf kommunaler Ebene spielen.

GRÜN verbindet – Produzent_innen mit Verbraucher_innen

Strom kommt nicht einfach aus der Steckdose. Die Strompreise sorgen für hohe Gewinne bei den Energiekonzernen, unsere Kommunen profitieren nicht davon. Wir wollen die Menschen vor Ort zu Profiteur_innen der Energiewende machen.

Kommunale Dachflächen sollen Bürger_innensolarvereinen und ähnlichen Bürger_inneninitiativen zur Verfügung gestellt werden.

Wir GRÜNE wissen um die Probleme, die die Kosten der Energiewende für einkommensschwache Menschen mit sich bringen. Energie muss bezahlbar bleiben. Trotzdem sind immer mehr Haushalte nicht in der Lage ihre Stromrechnung zu bezahlen – ihnen droht die Stromabschaltung. Wir GRÜNE setzen uns für die vollständige Berücksichtigung der Energiekosten bei der Berechnung der Sozialleistungen ein.

GRÜN verbindet – Gemeinden vor Ort und Investor_innen

Für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende sind on-shore Windparks und Stromtrassen wichtige Bausteine. Die Menschen vor Ort dürfen bei den Planungen jedoch nicht übergangen werden und ihre Sorgen und Ängste müssen ernst genommen werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher für Transparenz, frühe Beteiligung und offenen Dialoge während des gesamten Planungsprozesses ein.

Wir GRÜNE stehen klar zur Energiewende, die Lasten müssen jedoch gleichmäßiger verteilt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV setzen sich auch dafür ein, dass Windparks mehr Nutzen für die anliegenden Gemeinden bringen. Wir fordern, dass 0,5% der EEG-Umlage direkt ab Inbetriebnahme der Windräder in die Gemeindekassen fließen. Ferner setzen wir uns dafür ein, dass in Zukunft 95% der Gewerbesteuer am Standort der Windparks, wie auch der Solarparks verbleiben.

Wir GRÜNE begreifen die Energiewende als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Mit erneuerbaren Energien produzieren wir nicht nur Öko-Energie, wir schaffen auch Jobs in der Region und durchbrechen das Oligopol der vier großen Energieversorger. Zukünftig wird die Energieerzeugung stärker in der Hand der Bürger_innen liegen. Diesen Prozess politisch zu begleiten und zu unterstützen ist eine der wichtigsten Aufgaben für uns GRÜNE; hier gibt es kommunalpolitisch noch viel zu tun.

GRÜN verbindet - Einheimische und Zugewanderte

Der Anteil von Migrant_innen an der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern betrug Ende 2012 2,1%, davon stammt mehr als ein Drittel aus Staaten der Europäischen Union. Seit Jahren ist Mecklenburg-Vorpommern das Bundesland mit der geringsten Zuwanderung aus dem Ausland. Selbst im Tourismus liegt der Anteil ausländischer Gäste weit unter dem anderer Tourismusländer. Offenbar ist Mecklenburg-Vorpommern als Urlaubs- und Lebensort für Menschen aus dem Ausland nicht attraktiv. Der Ruf der Fremdenfeindlichkeit, verstärkt durch rassistische Aktionen der NPD und ihres Umfelds, gefährdet so auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und seiner Kommunen.

Wir GRÜNE setzen uns für eine Willkommenskultur in den Kommunen ein. Das Willkommen muss ohne Unterschied allen Menschen gelten, die als Tourist_innen, Arbeitnehmer_innen oder Flüchtlinge zu uns kommen. Wir widersetzen uns entschieden der menschenfeindlichen Agitation, die regelmäßig einsetzt, wenn irgendwo im Land eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und Asylbewerber_innen eingerichtet wird. Wir unterstützen und fördern Initiativen, die Flüchtlingen helfen, sich in ihrer schwierigen Situation zurecht zu finden und sie bei ihrer Integration und der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen.

Wir unterstützen und fordern die Erstellung und Umsetzung kommunaler Integrationskonzepte und die dezentrale Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerber_innen. Bei Mitarbeiter_innen in der Verwaltung wollen wir durch Fortbildungen die Kompetenz zum

Umgang mit Menschen aus anderen Kulturen stärken. Weiterhin wollen wir dafür sorgen, dass wichtige Informationen über die Kommune nach Bedarf in Fremdsprachen verfügbar sind. In grenznahen Kommunen sehen wir in grenzüberschreitender Zusammenarbeit eine hervorragende Entwicklungschance für beide Seiten. Gegenseitiges Verständnis und Möglichkeiten, gemeinsame Ziele zu entwickeln und zu verfolgen müssen über das bisherige Maß hinaus und unter Einbeziehung der Bürger_innenentwickelt werden.

GRÜN verbindet - Kultur und Kommunen

Kunst und Kultur finden in den Kommunen und weitgehend unter deren Trägerschaft statt. Kultur verbindet Menschen, eröffnet ihnen neue Sichtweisen, Verständnis der Vergangenheit, Interpretation der Gegenwart und Horizonte für die Zukunft. Kultur ist ein Lebensmittel für eine offene und demokratische Gesellschaft.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Kommunen sich verpflichten, bei jeder öffentlichen Bauinvestition einen festen Anteil von 1% für Kunst im öffentlichen Raum reservieren. Künstler_innen sollen frühzeitig in die Planung öffentlicher Bauten und der Gestaltung öffentlicher Plätze einbezogen werden.

Insbesondere setzen wir uns auch für Formen nichtkommerzieller Kunst im öffentlichen Raum, auch Streetart oder Urban-Art genannt, ein. Das Konzept von „kostenlose Kunst für jedermann, die zum Nachdenken anregt“ (Banksy) entspricht unseren kulturellen und künstlerischen Wertvorstellungen und wir setzen uns in diesem Zusammenhang für Toleranz sowohl von Seiten der Verwaltung, als auch privater Eigentümer ein. Wir wollen freie Kunstkonzepte in die Raum- und Stadtplanung mit einbeziehen und Künstlern gezielt Freiräume für ihr Schaffen zur Verfügung stellen.

Wir GRÜNE setzen uns weiterhin für die Einrichtung regionaler Kulturräte nach dem Vorbild des Landeskulturrats ein, in denen die Kulturschaffenden der Region die Vernetzung untereinander und die Beratung der Kommunen in Fragen der kulturelle Bildung und Entwicklung organisieren können. Die Kulturförderung muss dabei die Förderung von Freiberufler_innen, Kleinunternehmen und freien Zusammenschlüssen einbeziehen.

Die Theater des Landes wollen wir unter Nutzung von Kooperationsmöglichkeiten und Synergien, die die einzelnen Theater nicht überfordern und deren Angebot nicht einschränken, erhalten. Wir unterstützen die Kommunen bei der Forderung nach einer ausreichenden Finanzierung. Die Vergabe eines erheblichen Teils der bisherigen Mittel aus dem Finanzausgleich durch das Bildungsministerium lehnen wir als Entmündigung der Kommunen ab.

Grün verbindet - Landkreise und Kommunen mit Europa

Viele Entscheidungen für unseren Alltag werden auf europäischer Ebene getroffen. Die Europäische Union hat für uns einen besonderen Wert. Um sie als eine friedensstiftende Wertegemeinschaft weiterzuentwickeln, bedarf es mehr aktiver Partnerschaften zwischen den Kommunen und Regionen. Wir Grüne wollen diese Partnerschaften ausbauen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor allem mit unserem Nachbarland Polen und den weiteren Ostseeanrainern fördern.

Viele Regionen in Europa sind mit ganz ähnlichen Herausforderungen konfrontiert wie wir in Mecklenburg-Vorpommern. In Kooperationen können wir neue Strategien finden, um ländlich geprägten Gebieten klare Zukunftsperspektiven zu geben. Grün verbindet die Regionen, damit sie auch in Brüssel ein stärkeres Gewicht bekommen.

Die Landkreise und Kommunen brauchen auch mehr Mitspracherechte und Mitwirkungsmöglichkeiten in der Europäischen Union. Dafür setzen wir uns auf allen Ebenen ein.

Wir wollen die vorhandenen Möglichkeiten, wie z.B. die Mitwirkung im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, viel stärker nutzen. Dazu gehört auch, dass künftig Vertreter_innen der Landkreise statt Mitglieder des Landtags aus Mecklenburg-Vorpommern im Ausschuss der Regionen der EU vertreten sind. Die Zusammenarbeit deutscher, polnischer und schwedischer Kommunen in der Euroregion POMERANIA ist uns eine besondere Herzensangelegenheit. Grün verbindet - über alle Grenzen hinweg.